

Hanseatischer Sinneswandel

GEFÄNGNISVERLAGERUNG UND GEDENKSTÄTTENAUSBAU
IN NEUENGAMME SIND BESCHLOSSENE SACHE

Detlef Garbe

»Hamburgs Ruf ist gerettet« – diese erlösende Schlagzeile, mit der die BILD-Zeitung vom 22. November letzten Jahres über die Abkehr der neuen Hamburger Regierung von ihren Plänen zum Weiterbetrieb des Gefängnisses im ehemaligen KZ Neuengamme berichtete, markiert einen Veränderungsprozess im öffentlichen Bewusstsein der Hansestadt, der noch vor zwanzig und selbst vor zehn Jahren nicht denkbar gewesen wäre. Denn bekanntlich hat sich Hamburg jahrzehntelang sehr schwer getan mit der Erinnerung an das im Südosten der Stadt gelegene KZ-Hauptlager, dessen Gründung 1940 ebenso wie die Räumung 1945 von städtischen Interessen geprägt waren und aus dem die Hamburger Kriegswirtschaft großen Nutzen zog.

Dem Vergessen leistete auch die Nachkriegsnutzung des KZs zunächst als britisches Internierungslager, ab 1948 als Hamburger Gefängnis Vorschub. Die Holzbaracken wurden abgerissen und durch einen aus Steinen des KZ-Klinkerwerks errichteten Zellen-trakt ersetzt. Zwei große, 1944 als Massivbauten errichtete zweigeschossige Häftlings-unterkünfte, Fabrikationshallen des KZ-Rüstungsbetriebs der Firma Walther, SS-Wirt-schaftsgebäude und -Garagen, das Kommandantenhaus, die SS-Hauptwache und einige weitere Steinbauten wurden hingegen – bis in die Gegenwart hinein – weiter genutzt. Zur Einrichtung der Gedenkstätte kam es erst 1965 nach hartnäckigem Drängen der in der »Amicale Internationale« zusammengeschlossenen Überlebenden, wobei die Mahnmalsanlage außerhalb des eigentlichen Lagerbereiches auf dem abseits gelegenen Gelände der ehemaligen KZ-Gärtnerei errichtet wurde.

Und auch der denkwürdige Beschluss des Hamburger Senats vom Juli 1989, die »Justizvollzugsanstalt Vierlande« verlagern und damit die jahrzehntelange Nutzung des ehemaligen KZ Neuengamme als Gefängnis beenden zu wollen, war keineswegs von einer breiten politischen und gesellschaftlichen Mehrheit getragen. Der damalige Bürgermeister Dr. Voscherau musste die Entscheidung vielmehr auch gegen Widerstände in den eigenen Reihen durchsetzen. Die CDU war ohnehin gegen das 1991/92 unter Voscheraus Vorsitz von einer Expertenkommission erarbeitete Gedenkstättenkonzept – wegen der erforderlichen Kosten für den Bau eines Ersatzgefängnisses und unter Hin-weis darauf, dass eine »Korrektur Jahrzehnte danach [...] die historische Fehlentschei-dung der Nachkriegsjahre nicht ungeschehen machen« könne.

In den neunziger Jahren ließen wiederholte Verschiebungen des Vorhabens auf-grund von Standort- und Finanzierungsproblemen am Realisierungswillen des Senats Zweifel aufkommen. Mit dem 1997 gebildeten Regierungsbündnis aus SPD und Grün-Alternativer Liste (GAL) kam das Projekt wieder in Fahrt. Doch insgesamt vergingen seit dem Verlagerungsbeschluss von 1989 über zehn Jahre, ehe im Dezember 2000 der Grundstein für den Neubau einer 96,1 Millionen DM teuren Haftanstalt in Hamburg-Billwerder gelegt werden konnte, die die JVA Vierlande ersetzen soll. Am Ende dieses langen Weges zeigte sich dann aber doch über alle Parteigrenzen hinweg Einver-

Gespräch mit Vertretern
der Amicale
Internationale, Rathaus
Hamburg, 23. 11. 2001.
Von links: Jean Le Bis,
Robert Pinçon, Bürger-
meister Ole von Beust,
Fritz Bringmann,
Senator Rudolf Lange,
Staatsrat Gert Hinnerk
Behlmer, Brigitte und
Ernst Nielsen.
Foto: Joop van Vonderen



nehmen: Am 5. September 2001 beschloss die Hamburgische Bürgerschaft einstimmig, die seit 1948 zu Haftzwecken genutzten KZ-Gebäude nach Fertigstellung des Gefängnisneubaus in die Gedenkstätte einzubeziehen und diese in den Jahren 2002 bis 2006 in drei Schritten zu einem »Ausstellungs-, Begegnungs- und Studienzentrum« zu entwickeln. In der historisch zu nennenden Debatte – nur zweieinhalb Wochen vor den Wahlen war diese Frage noch kurzfristig auf die Tagesordnung der letzten Bürgerschaftssitzung gesetzt worden – bekannten sich Redner aller Parteien zu diesem Konzept.

Die CDU-Abgeordnete Rena Vahlefeld unterstrich nachdrücklich die Verlagerungsnotwendigkeit, in ihrer bewegenden Rede bezeichnete sie einen Weiterbetrieb der Justizvollzugsanstalt an diesem Ort als »unerträglich«. Der SPD-Abgeordnete Professor Franklin Kopitzsch sah in der einvernehmlichen Zustimmung ein überaus »gutes Zeichen«, gerade angesichts der »Zweifel«, ob dies »bei der kommenden Bürgerschaft« genauso sein werde.

Die Meinungsumfragen jener Tage sahen schon einen Wahlerfolg der Partei Rechtsstaatlicher Offensive unter ihrem Vorsitzenden Ronald Barnabas Schill voraus, die in ihrem Wahlprogramm die Forderung nach »Verhinderung der Schließung der völlig funktionsfähigen Anstalt« in Neuengamme erhob. Vor diesem Hintergrund störte der GAL-Abgeordnete Dr. Martin Schmidt die von ihm ausgemachte »Andachtsstimmung«. Er griff in der Debatte vom 5. September die CDU scharf an, die in den Debatten der vergangenen 15 Jahre stets gegen die Beendigung des Gefängnisbetriebs im ehemaligen KZ Neuengamme votiert habe. Und im Blick auf die anstehende Wahl wandte er sich mit den folgenden Worten an die Oppositionsfraktion: »Sie wollen ja demnächst, wenn es das Volk so entscheiden sollte, mit einem Herrn regieren, der noch immer der Meinung ist, dass die Justizvollzugsanstalt nicht verlegt werden sollte. [...] Was werden Sie denn tun, falls Sie wirklich regieren sollten? Kann man das heute Abend erfahren?« Die CDU blieb in dieser Bürgerschaftssitzung, in der ihre Abgeordneten – wie sich im Nachhinein feststellen lässt – nach 44 Jahren zum vorerst letzten Mal die harten Oppositionsbänke einnehmen mussten, die Antwort nicht schuldig. In der anschließenden Abstimmung wurde die Vorlage, die Gesamtkosten in Höhe von 26 Millionen DM bei einer 50-prozentigen Bundesbeteiligung veranschlagte, durch die nahezu vollzählig versammelte Bürgerschaft auch mit ihren Stimmen verabschiedet.



Begehung KZ-Gedenkstätte Neuengamme mit Vertretern der Opferverbände, 21. November 2001. Bildmitte von links: Jean Le Bis (Amicale Internationale), Schulsenator Rudolf Lange (FDP), Justizsenator Dr. Roger Kusch (CDU), Daniel Ajzensztejn (Zentralrat der Juden in Deutschland). Foto: KZ-Gedenkstätte Neuengamme

Es schien, als habe sich mit diesem Beschluss in Hamburg über die Parteigrenzen hinweg die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Weiternutzung eines ehemaligen Konzentrationslagers als Gefängnis politisch unvertretbar ist und dass es an dieser Stätte von internationaler Bedeutung eines Lernortes bedarf, der in der Auseinandersetzung mit der Geschichte das Wissen um die Bedeutung von Menschenrechten, Demokratie und Freiheit stärkt und einen Beitrag zur Bildung einer europäischen Identität leistet.

Doch nach den Wahlen vom 23. September 2001, die zu einer stark veränderten Sitzverteilung in der Bürgerschaft und zu einem Regierungswechsel führten, stand der zuvor erreichte Konsens plötzlich wieder zur Disposition. Dabei waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gedenkstätte am 10. Oktober noch zuversichtlich, als sie im Rahmen einer Festveranstaltung gemeinsam mit dem Amicale-Präsidenten Robert Pinçon, dem ehemaligen Bürgermeister Dr. Henning Voscherau, Kulturbehörden-Staatsrat Gert Hinnerk Behlmer und weiteren Gästen den 20. Jahrestag der Errichtung des Dokumentenhauses Neuengamme begingen. Das aus diesem Anlass unter dem Titel »Rückblicke – Ausblicke« veröffentlichte Buch über die Aktivitäten der KZ-Gedenkstätte Neuengamme in den Jahren 1981 bis 2001 äußerte hinsichtlich des Gedenkstättenkonzeptes die Erwartung, »dass die in der letzten Bürgerschaft erreichte Einstimmigkeit in dieser zentralen Frage Hamburger Geschichtsbewusstseins auch in der neuen Bürgerschaft bewahrt bleibt«. In einer Stellungnahme für die hinsichtlich der Folgen des Wahlausgangs verunsicherte Amicale Internationale erklärte der Leiter der Gedenkstätte: »Es gibt jedenfalls für mich keinen Grund zu der Annahme, dass ein neuer Erster Bürgermeister, der die Verantwortung für die Stadt als ganze trägt, einen Beschluss in der Regierungsverantwortung nicht umzusetzen gewillt sein könnte, den seine Partei, als sie sich noch in der Opposition befand, mitgetragen hat.«

Nur wenige Tage nach der Festveranstaltung erschienen Pressemeldungen, in denen davon die Rede war, dass die neue Regierungskoalition unter Ole von Beust die Entscheidung zur Schließung des seit 1948 auf dem Gelände des ehemaligen KZ Neuengamme befindlichen Gefängnisses aus Gründen des aktuellen Haftplatzbedarfes wieder rückgängig machen wolle. Damit drohten die Ergebnisse des über zehnjährigen Diskussionsprozesses Makulatur zu werden. Was war geschehen: Am Samstag, dem 13. Oktober, war bei der letzten Runde der im Eiltempo geführten Koalitionsverhand-

lungen von CDU, Partei Rechtsstaatlicher Offensive und FDP in den Beratungen zum Justizbereich »zu später Stunde« auch der Gefängnisbetrieb in Neuengamme thematisiert worden. Über das Ergebnis der Beratungen war am folgenden Montag, dem 15. Oktober, in der »Welt« zu lesen: »Während der neue Senat den von seinem Vorgänger auf den Weg gebrachten Neubau der Vollzugsanstalt Billwerder weiter betreiben will, erteilte er der noch unter Bürgermeister Henning Voscherau beschlossenen Schließung der Anstalt Neuengamme auf dem ehemaligen KZ-Gelände eine definitive Absage. ›Trotz des hohen Symbolwertes und Diffamierungspotenzials werden wir am Betrieb festhalten‹, so von Beust. Der ›Sündenfall‹, dort überhaupt ein Gefängnis einzurichten, liege Jahrzehnte zurück. Durch die Bewältigung der Vergangenheit sei der Weiterbetrieb ›nicht mehr taktlos‹. Zudem könne es sich die Stadt nicht leisten, auf 400 ›nach modernsten Gesichtspunkten‹ geführte Haftplätze zu verzichten.«

Diese Äußerungen sorgten für große Aufregung und öffentlichen Unmut. Vor allem in Hamburg, aber auch national und international erhob sich eine Welle des Protestes. Noch am gleichen Tag kritisierte Noch-Bürgermeister Ortwin Runde (SPD) die Pläne des zukünftigen Senats und erklärte, dass Hamburg »gegenüber den Opfern des KZ-Terrors im Wort« stehe. Die ebenfalls noch im Amt befindliche, parteilose Kultursenatorin Dr. Christina Weiss bezeichnete die Pläne als »skandalös und zynisch gegenüber den überlebenden Opfern«. Die CDU scheine »bereit zu sein, alle Skrupel über Bord zu werfen und sich der Law-and-Order-Politik von Schill zu beugen«. Es drohe »dumper, geschichtsloser Pragmatismus«. Ihre Erklärung endete mit den Worten: »Ich bin entsetzt und ich schäme mich für Hamburg.« Der Präsident des Zentralrats der Juden Paul Spiegel äußerte sein außerordentliches Befremden darüber, dass die CDU »von ihrer früheren Position abgerückt« sei. Er wolle nicht hoffen, »dass die Schill-Partei hier auf dem Rücken der Erinnerungskultur ein Zeichen setzen will«.

Erläuterungen, die daraufhin CDU-Politiker zur Rechtfertigung des Koalitionsbeschlusses in der Presse abgaben, waren nicht geeignet, die Aufregung einzudämmen – eher im Gegenteil. Neben den Kosten- und Haftplatzargumenten und dem Verweis darauf, dass sich auf dem Gelände in Neuengamme schließlich noch eine zweite, 1970 auf dem Areal der Tongruben neu errichtete Haftanstalt befinde, die auch die alte Regierung nicht habe verlegen wollen, gab es auch weniger pragmatische Antworten, etwa dass man durch den Weiterbetrieb der Neuengammer Anstalt auch zeigen könne, wie man Strafvollzug in einer Demokratie praktiziere. Irritationen löste auch die Äußerung eines Fraktionssprechers aus, wonach die nur wenige Wochen zurückliegende Zustimmung der CDU zur Erweiterung der Gedenkstätte in der Bürgerschaft nur deshalb erfolgt sei, um eine Konfrontation zu vermeiden.

Die Presse deutete dies anders. Für sie stellte sich die Absicht der Koalitionäre, von der Schließung der Strafanstalt in Neuengamme Abstand nehmen zu wollen, so dar, als sei Hamburgs kommender Bürgermeister bereit, sich auf dem sensiblen Feld der Vergangenheitspolitik dem Druck des nach seinem fulminanten Wahlerfolg bundesweit mit Argwohn beäugten Richter Schill zu beugen. In selten gekannter Einmütigkeit plädierte die Hamburger Presselandschaft dafür, dass der nach langen und schwierigen Diskussionen erreichte parlamentarische Konsens in dieser, für das geschichtliche Selbstverständnis der Stadt zentralen Frage nicht aufgekündigt werden dürfe. Auch angesehenere nationale und internationale Presseorgane wie die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, die »Zeit«, »Times« und »Le Monde« sahen einen »Skandal«. Einige ausländische



links: Richtfest Justizvollzugsanstalt Billwerder 10. 1. 2002. Hamburgs zweiter Bürgermeister und Innensenator Ronald Schill im Gespräch mit Fritz Bringmann, langjähriger Generalsekretär der Amicale Internationale KZ Neuengamme
rechts: Schulsenator Lange, Besuch der Ausstellung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme

Stimmen fragten besorgt, ob in Deutschland unter dem Einfluss neuer »rechtspopulistischer« Strömungen die erreichten hohen moralischen Standards im Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit wieder preisgegeben werden könnten.

Unter dem Eindruck des publizistischen Echos zeigten sich die Koalitionspartner beweglich. Die in der Verhandlungsrunde am 13. Oktober festgelegte Position (»Der Neubau der Anstalt Billwerder wird unter Bedarfspunkten weiterbetrieben, unabhängig vom Neubau werden die Schließungspläne der Anstalt XII aufgegeben.«) wurde im sechs Tage später unterzeichneten Koalitionsvertrag modifiziert. Nun hieß es: »Unabhängig vom Neubau werden Gespräche mit den jüdischen Organisationen, Opferverbänden und Institutionen mit dem Ziel aufgenommen, Einvernehmen darüber herzustellen, ob die Pläne für eine Schließung der Anstalt XII angesichts des dringenden Bedarfs an ausreichenden Haftplätzen in Hamburg aufgegeben werden können.«

Auch ohne dieses Gesprächsangebot waren zu der Unterzeichnung der Koalitionsvereinbarung am 19. Oktober Vertreter der Amicale aus Frankreich sowie der langjährige Generalsekretär der Amicale Fritz Bringmann angereist, um gegen die Pläne der neuen Hamburger Regierung zu protestieren. Sie handelten stellvertretend für viele Hunderte ehemalige KZ-Häftlinge und deren Familienangehörige, die aus ganz Europa sehr bewegende Briefe nach Hamburg schrieben und darauf verwiesen, dass für sie der Weiterbetrieb des Gefängnisses der Fortführung einer Grabschändung gleichkomme. Im Anschluss an eine Pressekonferenz im DGB-Haus zogen die Amicale-Vertreter ins Rathaus. Der designierte Bürgermeister Ole von Beust, den sie – unaufgefordert und unangemeldet – aufsuchten, empfing sie spontan zu einem Gespräch, in dem er ihnen das Versprechen gab, »nichts ohne Ihr Einvernehmen« unternehmen zu wollen: »Wir werden nicht über Nacht kaputt machen, was Sie erreicht haben.« Er kündigte an, dass die künftigen Senatoren für Justiz und Kultur in Gesprächen mit den beteiligten Verbänden nach einer Lösung suchen werden.

Die Frage der KZ-Gedenkstätte Neuengamme spielte auch eine Rolle bei der Personalie, die Hamburgs neue Regierung wochenlang ins Gerede brachte. Am Vortage, dem 18. Oktober, war über die Agenturen die Meldung verbreitet worden, dass Nike Wagner, die Urenkelin des Komponisten Richard Wagner, das ihr angetragene Amt der Kultursenatorin abgelehnt habe. Sie verwies darauf, dass sie in den Gesprächen keine hinreichende Zusage für eine Erhöhung des Hamburger Kulturretats erhalten habe.

Aber sie bezeichnete es als »Riesenerfolg«, dass ihr, als sie mit ihrer Absage drohte, die Erfüllung ihrer zweiten Eingangsforderung, den Beschluss zu Neuengamme zu revidieren und die Gedenkstätte auszubauen, in einem erneuten Gespräch vier Stunden später zugesagt worden sei. Mit ihrer Erklärung gegenüber der Presse: »Das können sie nicht mehr rückgängig machen, egal, wer Kultursenator wird«, setzte sie Maßstäbe, an denen sich alle Bewerberinnen und Bewerber für das Amt würden messen lassen müssen. Und Namen – mal mehr, mal weniger respektable – wurden in den folgenden Tagen und Wochen immer wieder genannt.

In der Presse nahm die Kritik an den Koalitionsfraktionen nun weiter zu. Die »Welt« befand unter Bezug auf die Absage von Nike Wagner und die »Hamburgs internationalen Ruf schädigende Behandlung des Themas KZ-Gedenkstätte Neuengamme« am 19. Oktober, dem Tag der Koalitionsvertragsunterzeichnung: »Der Start der Mitte-Rechts-Koalition ist in Wahrheit ein Fehlstart, entstanden aus Mangel an politischer Management-Erfahrung.«

Auch innerhalb der Koalitionspartner wurde nun Kritik an der Entscheidung geübt. Der Hamburger Landesvorstand der FDP missbilligte am 21. Oktober die Koalitionsforderung nach einem Verbleib der Justizvollzugsanstalt auf dem ehemaligen KZ-Gelände und sprach sich stattdessen für eine »zügige Realisierung des Ausbaus der Gedenkstätte Neuengamme« aus. Auf dem kurz darauf veranstalteten Parteitag erinnerten Redner an das starke Engagement gerade der Liberalen für die KZ-Gedenkstätte Neuengamme in den achtziger Jahren unter den von der FDP gestellten Kultursenatoren Helga Schuchardt und Prof. Ingo von Münch. FDP-Spitzenkandidat und Koalitionsverhandlungsführer Rudolf Lange gab zu, in Unkenntnis gehandelt zu haben, als er in den Koalitionsverhandlungen in dieser Frage »Schill gefolgt« sei.

Auch in der CDU war nunmehr wieder von einer Erweiterung der Gedenkstätte die Rede, »aber vielleicht nicht in dem Flächenmaß«. Auch gelte es, das Konzept und die »Anordnung auf dem Gelände« noch einmal zu überprüfen. Parteigründer Ronald Schill verwies ebenfalls darauf, es sei keine endgültige Entscheidung getroffen. Er bestritt, dass er in der Verhandlungsrunde zur Neuengammer Haftanstalt die Koalitionspartner auf seine Linie gebracht habe; es sei in dieser Frage von Seiten seiner Partei »überhaupt keine Überzeugungsarbeit notwendig« gewesen, denn sowohl von der FDP als auch von der CDU sei »dieser Wunsch mit getragen worden«. Vor dem Hintergrund seiner eigenen biographischen Betroffenheit – sein Großvater Kurt Schill wurde am 14. 2. 1944 als kommunistischer Widerstandskämpfer im Arrestbunker des KZ Neuengamme erhängt – versicherte er, dass die neue Regierung das Gespräch mit allen Betroffenen suchen werde.

Als am 31. Oktober 2001 nach über vierzig Jahren mit Ole von Beust erstmals wieder in Hamburg ein Christdemokrat das Bürgermeisteramt antrat, wurde der Wahlakt von einer »Aktuellen Stunde« überschattet, die die GAL-Fraktion zum angemessenen Umgang mit dem historischen Erbe des KZ Neuengamme angemeldet hatte. Dass einer solchen Debatte unmittelbar im Anschluss an den feierlichen Akt der Vereidigung eines neuen Senats stattgegeben wurde, ist ein bisher einmaliger Akt in der Hamburger Parlamentsgeschichte und verdeutlicht die Brisanz des Themas. Dementsprechend heftig und emotionsgeladen war der Schlagabtausch zwischen den Fraktionen der neuen Rathauskoalition und den Oppositionsparteien SPD und GAL. Während die Oppositionsabgeordneten der neuen Regierung Wortbruch, geschichtliche Verantwor-

Hamburgs Ruf ist gerettet

Das Gefängnis verschwindet von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme



Die Strafanstalt Vierlande soll bis Juni 2003 geräumt werden. Anschließend soll bis Mai 2005 der umfangreiche Umbau zur Gedenkstätte erfolgen

Von MARTIN JENSEN

Das KZ Neuengamme, ein düsteres Gebäude, Hamburgs schlimmstes Erbe aus der Zeit des Nationalsozialismus.

Der neue Senat hat jetzt entschieden: Das umstrittene Gefängnis auf dem Gelände des ehemaligen KZ Neuengamme wird verlegt. Der Ausbau zu einer reinen Gedenkstätte soll bis Mai 2005 erfolgen. In ihrer Koalitionsvereinbarung hatten CDU, Schill-Partei und FDP noch erklärt, die Gefängnisplätze in Neuengamme erhalten zu wollen. Das hatte zu Aufregung und Protesten geführt. Hamburgs Ruf war in Gefahr.

Nach Besichtigungen des KZ-Geländes und Gesprächen mit Vertretern von „Amicale“, der internationalen Organisation früherer KZ-Häftlinge, ließ sich der Senat jetzt umstimmen. Justizsenator Roger Kusch erklärte gestern: „Die Gefangenen werden so schnell wie möglich verlegt.“

Die vorhergegangenen unterschiedlichen Erklärungen aus dem Senat bezeichnete Kusch als „Anfängerfehler“ und „unglückliche Pressearbeit“.

Mit dem neuen Beschluss will der Senat die Umgestaltung zur Gedenkstätte noch beschleunigen. Unter der rot-grünen Regierung war ein Ausbau der Gedenkstätte bis En-

de 2006 beschlossen worden.

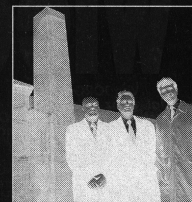
Der Justizsenator bat im Gegenzug die Opferverbände darum, den Umzug der Gefangenen um ein halbes Jahr zu verschie-

ben. Er soll bis Juni 2003 erfolgen. Die JVA Billstedt, vom rot-grünen Senat als offene Anstalt geplant, soll bis dahin eine geschlossene Anstalt werden. Kusch: „Die baulichen Veränderungen brauchen Zeit.“

Dafür sollen die Hundezwinger in den früheren SS-Garagen schon bis zum 12. Dezember geräumt werden. Kusch versprach: „Der KZ-Appell-Platz wird noch 2002 zu einer Gedenkstätte umgestaltet.“

Der Justizsenator: „Die neuen Pläne werden nur umgesetzt, wenn alle Betroffenen zustimmen. Sonst werden wir uns an die früheren Zusagen des Senats halten.“

„Amicale“-Präsident Robert Pincon: „Wir sehen den guten Willen des neuen Senats und werden darüber beraten.“



Beeindruckt von Hamburgs düsterer Geschichte: Schulsenator Rudolf Lange, Daniel Ayzensztejn, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde, und Justizsenator Roger Kusch (von links). Foto: ap

Im KZ Neuengamme starben 55 000 Menschen

Das 70 Hektar große Gelände des KZ Neuengamme wurde 1940 eines der größten deutschen Lager für Kriegsgefangene. 106 000 Häftlinge wurden dort untergebracht, davon überlebten 55 000 die unmenschlichen Haftbedingungen nicht.

Die Gefangenen, die u. a. aus Russland, Polen, Frankreich und Dänemark kamen, mussten in dem Klinkerwerk auf dem Gelän-

de oder in der Rüstungsindustrie arbeiten.

Am 21. April 1945 erhängten SS-Leute dort 20 jüdische Kinder, an denen medizinische Experimente vorgenommen worden waren.

Die Gedenkstätte wird jährlich von rund 60 000 Menschen besucht. Zurzeit befindet sich auf dem Gelände noch die JVA Vierlande mit rund 300 Strafgefangenen.

tungslosigkeit und eine schwere Schädigung des internationalen Ansehens Hamburgs vorwarfen, hielten Abgeordnete von CDU, Schill-Partei und FDP ihnen vor, dieses Thema parteipolitisch instrumentalisieren zu wollen. Dabei sei moralische Überheblichkeit völlig fehl am Platze, denn es seien schließlich sozialdemokratisch geführte Senate gewesen, die 1948 im ehemaligen KZ Neuengamme ein Gefängnis einrichteten, dieses 1970 um ein zweites ergänzten und die – anders als ihre jetzigen Voten vermuten ließen – es schließlich in den letzten zwölf Jahren selbst nicht vermocht hätten, die Gefängnisverlagerung auch tatsächlich zu realisieren. Frank-Michael Bauer, der Redner der Schill-Partei, erklärte, dass niemand – weder in der Bürgerschaft, noch der Zentralrat der Juden oder die Opferorganisation Amicale Internationale – »das Alleinvertretungsrecht gepachtet« habe. Unter Hinweis auf seine Herkunft aus einer jüdischen Familie, die sich der nationalsozialistischen Verfolgung ausgesetzt sah, nahm er für sich die Feststellung in Anspruch, nicht die Absicht zum weiteren Erhalt der Justizvollzugsanstalt XII, sondern deren Einrichtung 1948 und die »Geisteshaltung der damals regierenden Sozialdemokratie« bedeutete eine »Verhöhnung und Missachtung der Opfer«.

Der ehemalige Stadtentwicklungssenator Dr. Willfried Maier (GAL) entgegnete, dass frühere Versäumnisse nicht durch das Begehen neuer Fehler ausgeräumt würden und der in der letzten Legislaturperiode gefundene parlamentarische Konsens schließlich nicht von den jetzigen Oppositionsparteien, sondern von der neuen Regierung aufgekündigt worden sei. Er gab abschließend zu bedenken, dass es aus seiner Sicht völlig undenkbar sei, der Amicale Internationale nach ihrem jahrzehntelangen Ringen nun erneute Verhandlungsrunden vorzuschlagen. Justizsenator Dr. Roger Kusch (CDU), der für die Regierung Stellung nahm, hielt es »für völlig unangemessen«, die Koalitionsparteien »an den Pranger angeblicher Geschichtsverantwortungslosigkeit« zu stellen.

BILD-Hamburg,
22. November 2001

Obgleich auch er die historische Verantwortung sozialdemokratisch geführter Senate für den bisherigen Umgang mit dem ehemaligen KZ-Gelände herausstellte, ließ sein Redebeitrag die gebotene Sensibilität für eine »historisch würdige Lösung« erkennen. Vor dem Hintergrund seiner Eindrücke von früheren Besuchen der Gedenkstätten Yad Vashem und Auschwitz betonte er die Bedeutung der authentischen Orte, die nachdrücklicher wirkten als jedes Museum an anderem Ort.

Von ähnlicher Emotionalität wie die gegenseitigen Fehlerzuschreibungen im Parlament waren die Leserbriefauseinandersetzungen in der Hamburger Presse. Unvermeidlich waren die Forderungen nach einem »Schlussstrich unter die Vergangenheitsbewältigung«, die Klagen über die »Geldverschwendung für Gedenkstätten« und über die »Bevormundungsversuche aus dem Ausland«. Bemerkenswert war hingegen die große Zahl von Menschen, die sich für die Gefängnisverlagerung und den Gedenkstättenausbau engagierten. Dabei kam die Unterstützung im Unterschied zu früheren Jahren auch aus dem unmittelbaren örtlichen Umfeld der Gedenkstätte. Ein Bündnis im Bezirk Bergedorf aus DGB, Friedensinitiative, GAL, Jusos, Regenbogen für eine neue Linke, SPD und VVN appellierte gemeinsam an den neuen Senat, Kirchengemeinden verfassten Resolutionen, am Jahrestag der Reichspogromnacht rief der »KreisschülerInnenrat« alle Bergedorfer Schülerinnen und Schüler um 12 Uhr zu einer Schweigeminute auf, Schülerinnen und Schüler sowie die Jusos sammelten in Bergedorfs Fußgängerzone Unterschriften, mit denen die Schließung des Gefängnisstandortes Neuengamme gefordert wurde. Aber auch Mitglieder aus CDU und FDP wurden aktiv, wandten sich an ihre Abgeordneten und neuen Senatoren und trugen so nicht unwesentlich zum Meinungsumschwung bei.

Aus dem Ausland und aus dem ganzen Bundesgebiet gingen Protestbriefe und besorgte Anfragen in Hamburg ein. Zahlreiche Verfolgtenverbände, Bildungseinrichtungen und Gedenkstätten appellierten an den neuen Senat. Prominente aus unterschiedlichen Bereichen meldeten sich ebenso zu Wort wie beispielsweise die Landtagspräsidenten der benachbarten Bundesländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein Prof. Rolf Wernstedt und Heinz-Werner Arens. Die Amicale Internationale verkündete, dass sie hinter dem Beschluss vom 5. September nicht zurückgehen werde. Sollte die neue Regierung auf einen Weiterbetrieb des ehemaligen KZ Neuengamme als Gefängnis bestehen, werde sie »den internationalen Widerstand organisieren und auch die Regierungen um Hilfe bitten, deren Bürger Häftlinge in Neuengamme gewesen sind«.

Der neue Erste Bürgermeister, der in die Parlamentsdebatte vom 31. Oktober nicht eingegriffen hatte, erklärte in seinem ersten Zeitungsinterview nach dem Amtsantritt in der BILD-Zeitung vom 2. November, dass die Koalition beim Thema Neuengamme einen Fehler gemacht habe. Ole von Beust sprach nun davon, dass es möglicherweise »sogar noch eine größere Lösung als bisher geplant geben« werde. Er denke darüber nach, ob nicht auch die JVA IX, die in den sechziger Jahren auf dem Gelände der einstigen Tongruben – und damit auf halber Strecke zwischen ehemaligem Häftlingslager und der Mahnmalsanlage – neu errichtete zweite Haftanstalt in Neuengamme, aufgegeben werden könne. Gegebenenfalls ließe sich in den neuen Bundesländern, wo Bauland billiger sei und Arbeitsplätze geschaffen werden könnten, eine neue Haftanstalt bauen. Sechs Tage später erklärte der neue Schulsenator Rudolf Lange (FDP), der übergangsweise auch die Amtsgeschäfte des Kultursenators wahrnahm, in einem dpa-Gespräch, dass der Senat an der Verlagerung der JVA XII und am Ausbau der Gedenkstätte auf der Grundlage des in der letzten Bürgerschaft beschlossenen Konzepts

festhalten werde. Zur zweiten Haftanstalt, der neuen JVA IX, erklärte Lange, dass sie erhalten bleiben solle: »Das Gebäude, von dessen Abriss sowieso nie die Rede war, liegt weitab in einem historisch gesehen eher unkritischen Teil des Geländes.« Kurz darauf ließ Bürgermeister von Beust mitteilen, dass es noch keinen gemeinsamen Regierungsbeschluss in Sachen Neuengamme gebe. Die Bild titelte daraufhin: »Der erste wirklich ernste Knatsch im Bürgerblock.« Die »Welt« fasste das Geschehen in die Schlagzeile: »Von Beust weist Senator Lange in die Schranken: Vorstoß zur Zukunft Neuengammes war nicht abgesprochen.«

Für den Senat nahm der Handlungsdruck weiter zu: Die GAL-Fraktionsvorsitzende Krista Sager forderte ein schnelles Ende des »unwürdigen Hin und Her«, SPD-Landeschef Olaf Scholz erklärte, die neue Regierung dürfe dieses Thema nicht zum Gegenstand von »Parteiengezänk und persönlicher Eitelkeit« machen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Uwe Grund sprach bei einer von »Ver.di« ausgerichteten Gedenkveranstaltung zum Jahrestag der Reichspogromnacht am 9. November in Neuengamme von einer »unsäglichem Diskussion«, die im Interesse Hamburgs ein schnelles Ende finden müsse. Die sich verstärkende Brisanz führte zu einem einhelligen und starken Engagement der Oppositionsparteien, das sich die Amicale Internationale und andere Interessenvertreter der Gedenkstätte in den Zeiten der Stagnation, die es in den neunziger Jahren mit der Folge jahrelanger Verzögerungen auch gegeben hatte, gewünscht hätten. Holger Christier, der ehemalige SPD-Fraktionschef in der Hamburgischen Bürgerschaft, bekannte in einem Interview aufrichtig: »Es macht auch gar keinen Sinn, alles zu entschuldigen, was in den letzten Jahren passiert ist. Man kann nur um Verständnis bitten, teilweise auch um Entschuldigung, dass dies solange gedauert, dass diese Diskussionen sich hingezogen haben.«

Die bevorstehende Regierungserklärung des Ersten Bürgermeisters und die jährlich in Neuengamme anlässlich des Volkstrauertages stattfindende Gedenkveranstaltung weckten bei den Medien große Erwartungen. In seiner am 14. November vor dem Parlament abgegebenen Regierungserklärung bekannte sich Ole von Beust ausdrücklich zur »besonderen Verantwortung gegenüber unserer deutschen Geschichte«. Diese gelte »auch ganz konkret im Falle Neuengamme bei der Abwägung der geschichtlichen Verantwortung und dem Taktgefühl gegenüber den Opfern und den Angehörigen auf der einen Seite und der Notwendigkeit der Sicherung einer ausreichenden Anzahl von Haftplätzen in Hamburg auf der anderen Seite.« Der Erste Bürgermeister versicherte, dass die von ihm geführte Regierung »rasch zu einer für alle Seiten vernünftigen Lösung kommen« werde. Zugleich wurde in der Regierungserklärung aber noch ein weiteres Motiv deutlich, weshalb dem Senat angesichts der gegen ihn in dieser Frage erhobenen Vorwürfe an einer schnellen Beendigung der von ihm selbst angezettelten Debatte um die Zukunft der KZ-Gedenkstätte Neuengamme gelegen war: Mit Nachdruck betonte Bürgermeister von Beust, dass er »ganz persönlich massiv allen Versuchen gegenüberzutreten werde, durch die Etikettierung ‚rechts‘ von Personen oder Parteien subtil eine Verbindung zu rechtsradikal oder Geschichtslosigkeit herzustellen.« Vier Tage später betonte Bürgermeister von Beust am Mahnmahl in Neuengamme in seiner Ansprache zum Volkstrauertag, dass Neuengamme »eine würdige Stätte des Gedenkens, des Erinnerns und des Lernens für die Zukunft sein« solle.

Das angekündigte Gespräch mit den Vertretern der Opferverbände fand am 21. November statt. Geladen waren Vertreter der Amicale Internationale, des Freundeskreises,

des Zentralrats der Juden und der Kirchen. Der Senat war durch Justizsenator Dr. Roger Kusch (CDU), Bausenator Mario Mettbach (Schill-Partei) und den für das Kulturressort zuständigen Schulsenator Rudolf Lange (FDP) vertreten. Nach einem zweistündigen Rundgang über das Gelände des ehemaligen KZ Neuengamme, an dem auch ca. 30 Journalisten teilnahmen, zogen sich die Senatsvertreter und ihre Gäste zu den Beratungen zurück. In der anschließenden Pressekonferenz erklärte Senator Kusch, Grundlage der Überlegungen der Regierungsparteien zu Neuengamme sei lediglich eine »unterschiedliche Bewertung von Strafvollzugsinteressen zwischen dem neuen Senat und dem alten« gewesen, der »in Hamburg überproportional viele offene Haftplätze« geschaffen und deshalb auch das Ersatzgefängnis in Billwerder als offene Anstalt konzipiert habe. Allein dies sei der Grund, warum der neue Senat den Bürgerschaftsbeschluss vom September noch überprüfen und mit den Interessenvertretern sprechen wollte, ob sie ihm »die wenige Zeit, wenige Monate, konzedieren, über eine Umnutzung, vielleicht auch bauliche Änderung bei Billwerder nachzudenken«.

Hingegen habe die grundsätzliche Entscheidung – so hieß es jetzt – überhaupt nicht zur Disposition gestanden: »An der Festlegung der Bürgerschaft, an der die CDU einstimmig mitgewirkt hat, dass auf dem Gelände der Anstalt XII der Strafvollzug beendet wird, hat sich überhaupt nichts geändert und war auch nichts zu ändern. Selbstverständlich wird hier, wie die Bürgerschaft beschlossen hat, der Strafvollzug beendet und die ganze Anlage hier dem Gedenken und Erinnern zugeführt, wie es in der Bürgerschaft festgelegt war.« Senator Kusch gestand ein, dass die aufgrund »einer nicht ganz glücklichen Pressearbeit« entstandenen Irritationen dem Senat selbst zuzuschreiben seien – er sprach in diesem Zusammenhang von »Anfängerfehlern«.

Da die Umplanungen bei dem im Bau befindlichen Gefängnis in Billwerder – gedacht ist an verstärkte Sicherheitsvorkehrungen und eine Erhöhung der Belegungszahl – zu einer Verschiebung des ursprünglich geplanten Verlagerungstermins um einige Monate führen könnten, bot der Senat als Ausgleich für die Zumutung einer weiteren Verzögerung folgende drei Modifizierungen des ursprünglichen Konzepts an:

1.) Die definitive Zusage, die JVA XII in Neuengamme spätestens zum 30. Juni 2003 aufzugeben (der Bürgerschaftsbeschluss vom 5.9.2001 sah die Verlagerung für »Anfang 2003« vor).

2.) Da der Senat darum wisse, dass insbesondere für die ehemaligen Häftlinge »jeder Tag wichtig sein kann«, soll der von der JVA XII genutzte frühere Appellplatz schon im Laufe des Frühjahres 2002 hergerichtet werden und anschließend den Besuchern der Gedenkstätte – bei laufendem Gefängnisbetrieb – jeden Vormittag und am Wochenende zur Verfügung stehen.

3.) Die gesamte Neugestaltung der Gedenkstätte werde anderthalb Jahre schneller als ursprünglich beabsichtigt realisiert, damit das geplante Ausstellungs-, Begegnungs- und Studienzentrum am historischen Ort des ehemaligen Häftlingslagers zum 60. Jahrestages der Befreiung am 5. Mai 2005 eingeweiht werden könne.

Senator Kusch sagte außerdem zu, dass der Senat unabhängig vom Verhandlungsergebnis – »nicht als Gegenleistung«, sondern als Zeichen seines »Betroffenseins« – die vom Strafvollzug genutzten ehemaligen SS-Garagen und Werkstätten noch innerhalb der nächsten Wochen komplett räumen werde, da er die 1995 erfolgte Unterbringung der für die Sicherheit in allen Hamburger Anstalten verantwortlichen »Revisionsgruppe« mit ihren Rauschgiftspürhunden an diesem Ort unmittelbar zu beenden wünsche.

Die Gesprächspartner machten ihre Zustimmung zu den Vorschlägen von einer schriftlichen Bestätigung des Terminplans durch den Senat abhängig. In den Medien wurde der »Sinneswandel der Hamburger Koalition« mit Erleichterung quittiert. Das »Hamburger Abendblatt« sah den neuen Senat nunmehr auf dem richtigen Weg: »Der Senat hat den möglichen Aufschub als Bitte formuliert, die nur erfüllt werden soll, wenn alle Opferverbände sie akzeptieren. Damit vermeidet er eine neue Konfrontation, denn er belässt den ehemaligen KZ-Häftlingen die Freiheit der Entscheidung. Dies ist der richtige Weg, um zu einer endgültigen Lösung zu kommen.«

Am 23. November, zwei Tage nach der Begehung, bekräftigte Bürgermeister von Beust bei einem Empfang im Hamburger Rathaus für Vertreter der Generalversammlung der Amicale Internationale die Absicht des neuen Senats, an der Gefängnisverlagerung und an den Plänen zum Gedenkstättenausbau festzuhalten. Der Bürgermeister verband seine Bitte um Zustimmung zu den neuen Vorschlägen des Senats mit einer Entschuldigung für die Verletzung der Gefühle der Betroffenen durch die Irritationen der vergangenen Wochen.

Wie vom Justizsenator angekündigt, wurde am 12. Dezember 2001 der frühere SS-Garagenhof vom Strafvollzug geräumt. Hier sollen in den nächsten Monaten Arbeitsplätze für die Ausstellungsvorbereitung und für die pädagogische Abteilung sowie – durch einen modernen Stahl-Glaseinbau in den weitgehend im Originalzustand erhaltenen großen Garagen – ca. 500 qm Raum für den zukünftigen Ausstellungsbereich zu den Funktionsmechanismen des KZ-Terrors und den Täterbiographien geschaffen werden.

Die weiteren Schritte erfolgten ebenfalls ohne Zeitverzug: Mit dem Bundesbeauftragten für Kultur wurde über die veränderten Finanzierungsraten Einigung hergestellt (aufgrund des veränderten Zeitplans werden die Zuwendungen des Bundes früher erforderlich), so dass bereits zum Jahr 2002 die 50-prozentige Beteiligung des Bundes an den vorgezogenen, teilweise auch zusätzlichen Baumaßnahmen in Höhe von 2,5 Millionen Euro gewährleistet ist. Im Dezember leitete der Senat seine Vorschläge den Opferverbänden schriftlich zu, die daraufhin ihre Zustimmung erklärten. Die »Welt«, die sich durch eine besonders engagierte Presseberichterstattung zum Thema auszeichnete, kommentierte: »Das Thema Neuengamme, das Wochen hindurch Aufregung und Proteste verursacht und Hamburgs internationalen Ruf nachhaltig beschädigt hat, kann nun noch vor Ablauf der 100-Tage-Frist als ausgestanden gelten. [...] Der Problemfall Neuengamme war indessen kein Ergebnis unglücklicher Pressearbeit oder ähnlicher Anfängerfehler, sondern das Resultat mangelnder Sensibilität, denn die Koalition kannte das »Diffamierungspotential«, so die unglückliche Formulierung des Bürgermeisters.«

Auch das Richtfest für die neue Justizvollzugsanstalt Billwerder, das am 10. Januar 2002 stattfand, stand noch unter dem Eindruck der Diskussion um die Gefängnisverlagerung in Neuengamme. Justizsenator Kusch, der die veränderten Planungen erläuterte, die aufgrund des Bedarfs eine geschlossene Haftanstalt mit einer höheren Haftplatzkapazität vorsehen, ließ keinen Zweifel daran, dass der Senat eine zügige Fertigstellung und eine möglichst frühzeitige Verlagerung des Neuengammer Gefängnisses anstrebt. Am Rande der Veranstaltung, zu der sehr viel Politprominenz erschien, kam es zu Gesprächen zwischen Hamburgs Zweitem Bürgermeister und Innensenator Ronald Schill und Vertretern von Amicale Internationale und Gedenkstätte.

Fünf Tage später verhandelte der Senat über den neuen Zeit- und Finanzierungsplan für die Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Genau ein Vierteljahr

nach dem Bekanntwerden der Absicht, die Pläne zur Schließung des Gefängnisses im ehemaligen KZ Neuengamme aufzugeben, beschloss die neue Hamburger Regierungskoalition, Gefängnisverlagerung und Gedenkstättenausbau auf der Grundlage des langjährig erarbeiteten Konzeptes, aber in kürzerer Zeit durchzuführen. Die Modifizierungen am Zeitplan und am Gestaltungsumfang des ursprünglichen Konzeptes sehen die vorzeitige Herrichtung des ehemaligen SS-Garagenhofes und des früheren Appellplatzes, vor allem aber den um anderthalb Jahre vorgezogenen Abschluss des Gesamtprogramms vor – mit der Zielsetzung, das neue Ausstellungs-, Begegnungs- und Studienzentrum zum 60. Jahrestag der Befreiung am 5. Mai 2005 zu eröffnen. Besonders bemerkenswert ist, dass der Senat die »Garantie« (!) dafür übernimmt, »dass der Betrieb der JVA XII in Neuengamme spätestens zum 30. Juni 2003 beendet wird«. Zur Begründung dieser im politischen Sprachgebrauch außergewöhnlichen Festlegung verweist der Senat darauf, dass er »um die besondere Belastung weiß, die jeder Monat Verzug für die Überlebenden des KZ Neuengamme bedeutet, die in den zurückliegenden Jahren immer wieder die Erfahrung des Aufschubes der historisch längst überfälligen Korrektur machen mussten«.

Um die vorgezogene Neugestaltung realisieren zu können, sieht der Senat für das Haushaltsjahr 2002 zusätzliche Investitions- und Betriebsmittel vor. Letztere werden erforderlich, da die Gedenkstätte einige Gebäude und Flächen früher als geplant für sich in Anspruch nehmen kann und da die beschleunigte Ausstellungsvorbereitung eine Personalverstärkung erfordert. Die Gesamtinvestitionskosten belaufen sich bis zum Jahr 2005 auf 13,7 Millionen Euro, von denen Bund und Land jeweils die Hälfte tragen.

Bereits eine Woche später, am 24. Januar, verhandelte die Bürgerschaft über die Senatsdrucksache. Nach den in den letzten Monaten geführten Debatten verzichtete die Bürgerschaft dieses Mal einvernehmlich auf eine Aussprache. Die Abstimmung im vollbesetzten Plenum zeigte, dass der parteienübergreifende Konsens zum Thema KZ-Gedenkstätte Neuengamme wieder hergestellt ist. Mit den Stimmen aller fünf Fraktionen – SPD, CDU, Schill-Partei, GAL und FDP – verabschiedete die Hamburgische Bürgerschaft einstimmig die Drucksache.

Nach Wochen der Irritationen und Verunsicherungen, die der Stadt besser erspart geblieben wären, steht am Ende ein überaus positiver Beschluss, der dokumentiert, dass nach langen, schmerzlichen und zuletzt noch einmal heftigen Auseinandersetzungen Hamburg sich zur historischen Verantwortung bekennt, das Erbe des in besonderer Weise mit seiner Geschichte verbundenen Konzentrationslagers Neuengamme annimmt und der über 50-jährigen Schande des Gefängnisbetriebs in ehemaligen KZ-Bauten ein Ende bereitet. Zudem zeigt die parlamentarische Zustimmung nunmehr eine so breite politische Basis, dass Gegner des Projekts keinen Rückhalt mehr finden dürften. Doch es bleibt festzuhalten, dass dieses in erster Linie das Verdienst der Amicale Internationale, der KZ-Überlebenden, der Familienangehörigen, der zahlreichen Unterstützer aus dem Ausland, aber auch der unzähligen Engagierten im eigenen Land und in Hamburg ist. Unverzichtbar war auch der Beitrag der Medien und die Solidarität anderer Gedenkstätten. Dafür sei an dieser Stelle ausdrücklich gedankt.

Dr. Detlef Garbe
leitet seit 1989 die
KZ-Gedenkstätte
Neuengamme.